

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Richard Nitsch, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fobian, Magdeburg. Verlag von Hermann Garsmann, Magdeburg: Druck von Franz Wetzig, Magdeburg. Geschäftsstelle: Latobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Mühlstraße 8. Fernsprecher 861.

Pränumerationspreis: Vierteljährlich (incl. Frachtlohn) 3 Mk. 20 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preis ändert sich in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplar 3.20 Mk. In der Expedition und den Abgabestellen monatlich 3 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Vorankäufen 2.50 Mk. inkl. Frachtlohn. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und Feiertagsnummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: die schlagfertige Zeile 15 Pf. — Verlagsstelle Seite 864.

Nr. 109.

Magdeburg, Dienstag den 10. Mai 1904.

15. Jahrgang.

Russische und japanische Kriegsführung.

I.

Wp. Wenn die Japaner sich durch große Worte würdigen abschrecken lassen, wie die westeuropäischen Diplomaten, so wären sie von den Feldherren des Zaren längst geschlagen. Aber auf die Drohungen und das Geschimpfe antworten die Japaner mit Torpedos und 12 Zentimeter-Geschützen. Unter solchen ungeahnten Verhältnissen bleibt den russischen Vramarbasen nichts übrig, als sich zurückzuziehen und im Rückzug eine härtebringende Miene zu schneiden. Zwar mit dem „militärischen Spaziergang durch ganz Japan“ ist längst nichts mehr, die Sache ist abgetan. Die neueste Version lautet: „wenn erst die Japaner in die Tiefe der Mandchurie bringen, dann...“ Ob die Japaner den russischen Generalen den Gefallen tun werden, sich gerade dorthin zu begeben, wo diese sie haben möchten, ist mehr als zweifelhaft — bis jetzt haben sie gerade das Gegenteil von dem getan, was der russischen Heeresführung lieb war, sowohl in ihrem Feldzugsplan wie in ihrer Strategie und Taktik.

Es wirkt ungemein komisch, wenn die russischen offiziellen Berichte über die Kämpfe am Jalu es den Japanern als Feigheit anrechnen, daß sie keinen Bajonetangriff auf die russischen Positionen gewagt haben. Welch drolliges Verlangen, daß die Japaner, statt sich auf ihre weitertragenden Geschütze und das unüberstehliche Gewehrfeuer zu verlassen, sich mit den Russen Brust an Brust messen sollten! Aber in der russischen Armee spukt noch immer der Glaube an die Bajonette. Sehr begreiflich, da dieses Heer aus einer Herdenmasse besteht, die nur blind zuschlagen kann. Das beweist jedoch nur, daß diese Massen sich für den modernen Krieg nicht eignen, bei dem es nicht auf brutale Kraftausübung, sondern auf Berechnung und kluges Ueberlegen ankommt.

Das Gleiche gilt von den Kosaken, die ein sicherer Schrecken für die friedliche Bevölkerung sind, aber den modernen Feuerwaffen nur willkommene, äußerst bequeme Ziele scheiden bieten. Man hat auch in Westeuropa sehr viel von den Kosaken erwartet, zumal da die Minderwertigkeit der japanischen Kavallerie notorisch ist. Aber von den Feldherren der Kosaken ist bis jetzt nichts verlaubar geworden. Wie schlecht sie den Aufklärungsdienst besorgt haben, beweist der Umstand, daß die Russen jeden Augenblick von den Japanern umgangen wurden. Freilich gehört zum Aufklärungsdienst auch Terrainkenntnis, und an dieser scheint es den Russen ebenso sehr zu mangeln, wie sie den Japanern in hohem Grade eigen ist. Mit Bravourritten ist da nichts getan, besonders unter einer Bevölkerung, deren Sprache man nicht kennt und die dem Feinde freundlich gesinnt ist.

Es ist wirklich unbillig seitens der zarischen Heeresleitung, von den Japanern zu verlangen, daß sie ihrem Kommando folgen, da sie es doch nicht einmal bei ihren eigenen Generalen erreichen kann. Der Konflikt zwischen dem obersten Befehlshaber der russischen Armee, General Kuropatkin und dem General Sassulitsch scheint Tatsache zu sein. Dieses Draufgängertum einzelner Generale, ohne Zusammenhang mit dem Gros der Armee, ohne der allgemeinen Idee des Feldzuges Rechnung zu tragen, gehört aber nicht minder zu den Eigenschaften der russischen Armee und ist populär. Es ist die Stobelew-Taktik. Schneidig vorwärts — aus Geratewohl! Auch das ist kein Zufall, sondern steht im Zusammenhang mit dem Charakter der Armeemasse einerseits, mit dem politischen System andererseits. Die Massen, ohne intellektuellen Zusammenhalt, ohne die Idee des Krieges zu erfassen, brauchen vor allem den Erfolg und ein äußeres Merkzeichen, um sie zu begeistern. Der brave General auf weißem Pferde, der Armee voran, der eine Wahnhühner durchführt, wird populär. Ihrem Lieblingsgeneral geht die Armee nach, und die Popularität der Person ersetzt den Mangel eines populären Gedankens. Hier steht der Wettbewerbs der russischen Generale und Kommandeure ein. Darum auch die so über alle Maßen große Zahl der getöteten, verwundeten und — gefangenen russischen Offiziere. Das Bestreben der russischen Generale, sich persönlich auszuzeichnen, hat aber keine Grenzen, weil die kontrollierende und nivellierende Macht fehlt, die ihre Tätigkeit einem nationalen Gedanken unterordnen könnte. In der Armee wie in der Staatsverwaltung herrscht neben der höchsten Subordination der Untergebenen die höchste Willkür derjenigen, die den Befehl haben. Der General glaubt sich nur vor dem Zaren verantwortlich und empfindet die Einmischung des obersten Kommandos als Belästigung, als Hindernis, für sich einen Sieg zu erlangen. Einen Sieg, seinen eignen, persönlichen Sieg will jeder von ihnen haben, und das ist für ihn das Ziel des ganzen Feldzuges. So

daß man beinahe sagen kann, in Rußland führe jeder General auf seine Faust Krieg.

Auch Admiral Makarow hat sein tragisches Geschick diesem russischen Draufgängertum zu verdanken. Er mußte, daß seine Schiffe sich mit den japanischen nicht messen können, aber er wollte partout einen Sieg haben und ließ sich deshalb in die offene See locken. Rechtzeitig kam ihm noch angefaßt der weit überlegenen japanischen Panzerflotte die richtige strategische Ueberlegung und er zog sich zurück. Er rettete dadurch den Rest der russischen Kriegsflotte, mußte aber seine Rettung mit dem Untergang des „Petropawlowsk“ und seinem eignen Leben bezahlen.

Wie weit General Sassulitsch über die Befehle des Oberkommandierenden hinausging, läßt sich nicht beurteilen. Wenn man jetzt in Rußland die Sache so darzustellen sucht, als ob gar nicht die Absicht bestand, den Jalu ernstlich zu verteidigen, so ist das offenbarer Schwindel. Woju denn sonst die Befestigungen des Flusses, die mühsame Arbeit, die Positionen zu besetzen? Nach den Berichten der englischen Korrespondenten, die doch den Russen nicht gerade wohlwollend sind, und zwar Berichten, die lange vor den entscheidenden Kämpfen abgegangen waren, hat die russische Armee am Jalu eine großartige Stellung eingenommen und sich sehr stark verschanzt. Der Korrespondent des „Standard“ vergleicht die Stellung der Russen am Jalu mit der Stellung der Buren am Tugela.

Wie damals in dem für uns so ungeliebten Dezember 1899 die Buren in der ungleich günstigeren Position sich befanden, so liegt heute hier der Vorteil bei den Russen. Die Stellung ist für Truppen in der Defensive durchaus günstig und anscheinend für einen Frontangriff ganz unüberwindlich. Meine Ansicht in dieser Richtung wird von den fremden Offizieren, die auf japanischer Seite den Feldzug verfolgt haben, bekräftigt.

Der Korrespondent fügt hinzu, daß, wenn es den Japanern gelingen sollte, die Russen zu umgehen und sie von der Planke anzugreifen, so würden diese sich zurückziehen müssen. Das geschah denn auch. Aber daß es geschehen konnte, darin liegt eben das Vergehen der russischen Armeeführung. —

Das Ende des Leipziger Ärztestreiks.

Die bürgerliche Presse, von der „Kreuzzeitung“ bis zur „Vossischen Zeitung“, schwimmt in Jubel und Entzücken. Sie freut sich, daß nun auch Sachsen den Weg gegangen ist, den Preußen schon früher in Köln und Solingen gewandelt ist. Vier Wochen lang hielt es die sächsische Regierung aus, ruhig mitanzusehen, wie im Kampf zwischen Ärzten und Krankenkassen das Recht, das auf Seiten der letzteren stand, zu triumphieren drohte. Dann erinnerte sie sich daran, daß es Arbeiter seien, die in der Hauptsache den Vorteil von dieser Achtung der sächsischen Regierung vor Recht und Gesetz haben würden, und der immer größer werdenden Bewunderung, die sich der Welt über dieses ungewohnte Verhalten der Regierung Sachsens bemächtigte, wurde mit rauher Faust ein Ende gemacht.

Am Sonnabend schloß die Kreishauptmannschaft Leipzig auf Grund des § 56 a des Krankenversicherungs-Gesetzes mit den streikenden Ärzten einen Vertrag, der die Forderungen der Ärzte beinahe vollkommen bewilligt. Der Vertrag führt die freie Arztwahl ein, hebt das Distriktsarztssystem auf, verdrängt die neuen Ärzte aus ihrem Vertragsverhältnis mit der Kasse und bürdet der Kasse die ganzen Kosten, die entstehen, auf.

In Leipzig also dieselbe Methode, die in Köln und Solingen angewandt wurde. Der Unterschied besteht nur darin, daß in Köln und Solingen die preussische Regierung von allem Anfang an keinen Zweifel daran ließ, daß ihr das sogenannte Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen kein Hindernis sein würde, um die Forderungen der Ärzte über die Köpfe der Kasse hinweg zu befriedigen, während in Sachsen die Regierung sich anfangs neutral behielt und den Weg von Köln vor versammeltem Landtag für ungangbar erklärte. Nun, nachdem in Leipzig 83 Ärzte als beamtete Distriktsärzte der Kasse ange stellt waren und die Versorgung mit ärztlicher Hilfe vorzüglich funktionierte, macht sich aber auch in Leipzig die Regierung zur Vollstreckungsbehörde des Ärzteringes und bewilligt dessen gefamte Forderungen. Zum ersten Male ist es in Sachsen vorgekommen, daß eine sächsische Behörde streikende mit lieben Waterarmen aufgenommen und in ihren Bestrebungen gefördert hat, daß sie den Streikenden, als ihre Sache schon verloren

war, durch die Allmacht der Staatsgewalt zu einem vollen Siege verholfen hat, indem sie das freie Verfügungsrecht der „Arbeitgeber“ amtlich konfiszierte. Freilich waren die Streikenden keine Arbeiter, sondern die Herren Ärzte, und die Arbeitgeber waren Beauftragte von Arbeitern. Das erklärt alles!

Die sächsische Behörde hat damit einen amtlichen Kommentar zum „Wert der Sozialreform“ und dem „sozialen Königtum“ geschrieben, wie ihn keine sozialdemokratische Zeitung wirkungsvoller hätte verfassen können. Dieses Köln in Leipzig ist ein zweites Crimmischau, ist die Mehrzahl von Crimmischau. Dort Streikende, die man mit Gendarmen und Polizei zu Paaren treibt, denen man ihr Koalitionsrecht raubt, um sie wieder in die Fabriken zurückzutreiben, und hier Streikende, deren Forderungen die Staatsgewalt mit Einsetzung ihrer amtlichen Autorität vollstreckt, nachdem ihr Zustand böllig zusammengebrochen ist.

Ueber die Kapitulationsbedingungen der Leipziger Ärzte, denen sich die Regierung unterworfen hat, ist folgendes mitzuteilen:

Alle Kernforderungen der Ärzte sind bewilligt worden. An erster Stelle steht die Einführung der freien Arztwahl und damit zusammenhängend die Aufhebung des Distriktsarzt-systems. Das ärztliche Honorar ist auf fünf Mark für den Versicherten und das Jahr festgesetzt worden. Die Familienbehandlung soll wieder eingeführt werden. Für die Versicherten, die Familie haben, soll das ärztliche Honorar, das die Kasse zahlt, entsprechend erhöht werden. Zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen der Kasse und den Ärzten wird eine Einigungscommission und ein Schiedsgericht eingesetzt. Der Abschluß von Verträgen zwischen den Krankenkassen und Ärzten soll durch die ärztlichen Kassen erfolgen. Für den Eintritt in die Kassen soll keine Karenzzeit gelten. Dies sind die wichtigsten Einigungsbedingungen. Es blieb noch das Verhältnis der Distriktsärzte zu den alten Leipziger Ärzten und zur Krankenkasse zu ordnen. Die Schwierigkeit bestand hier darin, daß die Distriktsärzte langfristige Verträge mit der Krankenkasse haben. Um bei der beträchtlichen Zahl der Distriktsärzte diese Verträge auf einmal abzulösen, würde es bei der Aufhebung der Verträge eines sehr hohen Aufwandes bedürftig haben, und an dieser hätte die Beilegung des Streites scheitern können. Man hat deswegen folgenden Ausweg gewählt: Die Distriktsärzte werden frei gewählte Kassenärzte und erhalten dadurch die Gelegenheit, sich gleich allen andern Ärzten in der Kassenpraxis zu betätigen. Als Einnahme wird ihnen das Gehalt gewährleistet, das sie als Distriktsärzte bezogen hätten, wenn das Distriktsystem erhalten geblieben wäre. Jedoch soll noch im einzelnen geprüft werden, ob alle jetzigen Distriktsärzte den Bedingungen entsprechen, die herkömmlich an die Mitgliedschaft in einem Vereine der freien gewählten Kassenärzte gestellt werden.

Die Kosten muß natürlich die Kasse tragen. Nach der eigentümlichen Berechnung der Kreishauptmannschaft beziffert sich der Ausgaben-Vorschlag der Ortskrankenkasse für 1904, für den in der Hauptsache die Kasse die Unterlagen geliefert hat, auf vier Millionen achthundert und fünfzigtausend Mark.

Die Einnahme pro 1904 nimmt die Kreishauptmannschaft mit fünf Millionen einundert und dreißigttausend Mark an, so daß unter Berücksichtigung der Betriebskosten für die Verwaltungskosten einundert und achtzigtausend Mark für den Reservefonds übrig bleiben. Bei einer Einnahme von 5 100 000 Mark sind aber nach gesetzlicher Bestimmung, solange der Reservefonds nicht erfüllt ist, fünf hundertzehntausend Mark an den Reservefonds abzuliefern!

Zahlen dürfen die Versicherten also. Und wenn die Beiträge nicht reichen, wird die Regierung auf demselben Wege, auf dem sie jetzt den Ärzten ihre Forderungen bewilligte, eine Beitragserhöhung verfügen. Aber mitzureden haben die Versicherten nichts mehr. Das bejagt für sie die Regierung.

Dieser Ausgang des Leipziger Ärztestreiks wird die weittragendsten Folgen haben. Für die Ärzte bedeutet er eine Anreizung, ihre Forderungen an die Kassen ins Ungemessene zu steigern, und für die Versicherten ist nun wohl endgültig der Glaube an ein Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen zerstört.

Die Freude an der sozialen Versicherungsgegebung, soweit überhaupt noch eine solche vorhanden war, ist nun bei den Arbeitern wohl endgültig dahin. Sie werden jetzt wohl bald erfahren, wozu die Krankenkassen da sind. Nicht für die Kranken, sondern für die Ärzte. Können die

den die Arbeiter feste Honorare bezahlen, aber die Krankenfürsorge darf ruhig Not leiden. So sorgt der kapitalistische Herrscher für seine Verteidiger selbst auf Kosten von Kranken und Siechen. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 9. Mai 1904.

In die Sklaverei!

Die preussische Regierung hat Wort gehalten! Am Sonnabend ist dem Abgeordnetenhaus der versprochene Gesetzentwurf betreffend die „Erschwerung des Vertragsbruchs landwirtschaftlicher Arbeiter und des Gesindes“ zugegangen. Dieser Gesetzentwurf bedroht mit Selbststrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft jeden, der Gesinde oder landwirtschaftliche Arbeiter in Dienst nimmt, von denen er weiß oder bei Anwendung der erforderlichen Sorgfalt wissen kann, daß sie einem andern Arbeitgeber noch verpflichtet sind, zweitens jeden, der unter solchen Umständen in gewinnluchtiger Absicht Arbeitnehmern einen neuen Dienst vermittelt, drittens jeden, der landwirtschaftliche Arbeiter und Gesinde verleitet, widerrechtlich den Dienst nicht anzutreten oder zu verlassen.

Ein Vater, der sein Kind aus dem Dienst nimmt, weil er irrtümlich glaubt, daß der Arbeitnehmer durch schlechte Behandlung seine vertragsmäßigen Rechte verwirkt habe, wandert fortan ins Gefängnis!

Ein Dienstvermittler, der in Ausübung seines Berufs nicht mit derselben Sorgfalt vorgeht, wie der Händler mit toter Ware — die unter Umständen gestohlenen Gut sein kann — der sich nicht dessen vergewissert, daß seine Klienten ihren letzten Dienst ordnungsmäßig verlassen haben, wandert ins Gefängnis!

Ein Arbeitgeber, der einen halbverhungerten Wanderer, der um Arbeit bittet, nicht ganz verhungern lassen, noch ihn ins Verbrechen treiben will, sondern ihn aus Mitleid aufnimmt, ohne zu wissen, ob er nicht am Ende ein entlaufener Sklave ist, wandert ins Gefängnis!

Ein Arbeiter oder eine Arbeiterin, die dem Gutsbesitzer entlaufen ist, ist vogelfrei und geächtet! Wer ihnen etwas zu essen gibt, und sie dafür arbeiten läßt, wandert ins Gefängnis!

Die preussische Regierung will es! Das preussische Abgeordnetenhaus will es! Das Gesetz setzt auf eine ungemähte Garbe und ein unbeadertes Feld den Hungertod! Der rächende Jehova der Juden hat den Brudermörder Cain geheißen, umstet und flüchtig über die Erde zu schweifen. Umstet und flüchtig soll auch das Mädchen sein, das dem Dienst entläuft, weil es nicht mit zehn Burtschen in einer

was ist der neueste Fortschritt preussisch-deutscher Sozialpolitik, die an der Spitze der Zivilisation marschiert! Das ist das Paradies, das der ganzen deutschen Arbeiterschaft tomt, wenn erst die Sozialdemokratie totgeredet oder totgeschlagen ist, wenn der Gegenwartsstaat über den sozialistischen Fuchthausstaat endgültig triumphiert! Das Parlament, das dieses Gesetz gewünscht hat, und ihm bald jubelnd zustimmen wird, ist das Idealparlament, das ganz Deutschland beherrschen soll, wenn das geltende Wahlrecht unter den Faustschlägen eines preussischen starken Mannes zusammenbricht!

Die preussische Reaktion spielt ein vertwegenes Spiel. Ihr wird auch gelingen, was keiner Macht der Logik gelang. Sie wird die dumpfen Massen des Landproletariats in die Empörung peitschen, sie trägt den Geist der Revolution auf das flache Land. Schluß auf den Weg! —

Die paragrafisierte Sklaverei.

Der im vorstehenden besprochene Gesetzentwurf betreffend Erschwerung des Vertragsbruchs landwirtschaftlicher Arbeiter und des Gesindes hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Mit Selbststrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft wird bestraft: 1. wer Dienstboten, Gesinde oder landwirtschaftliche Arbeiter, von denen er weiß, oder bei Anwendung der erforderlichen Sorgfalt wissen muß, daß sie einem andern Arbeitgeber zur landwirtschaftlichen Arbeit oder zum Gesindebienst noch verpflichtet sind, in Dienst nimmt; 2. wer in gewinnluchtiger Absicht für die unter 1. bezeichneten Arbeitnehmer ein neues Dienstverhältnis vermittelt, obwohl er weiß oder bei Anwendung der erforderlichen Sorgfalt wissen muß, daß sie einem andern Arbeitgeber zur landwirtschaftlichen Arbeit oder zum Gesindebienst noch verpflichtet sind; 3. wer die unter 1. bezeichneten Arbeitnehmer verleitet oder zu verleiten unternimmt, widerrechtlich den Dienst nicht anzutreten oder zu verlassen. Im Falle der Biffer 1 tritt die Strafverfolgung nur auf Antrag des früheren Arbeitgebers ein. Die Zurücknahme des Antrags ist zulässig.

§ 2. Mit Selbststrafe von 2 bis 600 Mark oder mit Haft wird bestraft, wer, nachdem er auf Grund des § 1 Biffer 2 oder 3 rechtskräftig verurteilt ist, innerhalb der nächsten drei Jahre abermals eine nach solchen Vorschriften strafbare Handlung begeht. Eine nicht beizutreibende Geldstrafe ist in Haft umzuwandeln.

§ 3. Mit Selbststrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft wird bestraft, wer die ihm obliegende Verpflichtung zur Anstellung eines schriftlichen Zeugnisses bei Beendigung des Dienstverhältnisses eines Dienstboten oder landwirtschaftlichen Arbeiters in rechtswidriger Absicht nicht erfüllt.

§ 4. Die Ortspolizeibehörde hat das einem landwirtschaftlichen Arbeiter gemäß § 680 des Bürgerlichen Gesetzbuches ausgestellte Zeugnis auf Antrag kosten- und stempelfrei zu beglaubigen.

Das preussische Ministerium beglaubigt: ... Kosten- und stempelfrei, daß es zu Ruh und Frommen der preussischen Agrarier vor der Wiedereinführung der Sklaverei nicht zurückschreckt.

Die Folgen werden allerdings andre sein, als das Ministerium des „modernen“ Grafen Bülow sie sich träumen läßt. —

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie.

In frommen und gottlosen Scharfmacherblättern ist folgendes zu lesen:

Nach langen und eingehenden Vorarbeiten und Beratungen im engeren Kreise, die bis in den vergangenen Herbst zurückreichen, ist die aus dem für jeden christlichen Anhänger von Kaiser und Reich betrübenden Unfall der letzten Reichstagswahlen hervorgegangene Idee des Zusammenschlusses aller konservativen Elemente jetzt so weit gefördert worden, daß die konstituierende Generalversammlung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie am 9. d. M., nachmittags 2 Uhr, im Hotel Prinz Albrecht zu Berlin (Prinz Albrechtstraße 9) mit folgender Tagesordnung stattfinden soll: 1. Konstituierung des Reichsverbandes, 2. Beratung und Feststellung der Satzungen, 3. Wahl des Ausschusses, 4. Wahl von Verbandsdelegierten, 5. Anträge.

Aus den Statuten der neuen kapitalistischen Schutztruppe konnten wir vor einigen Monaten, als sie noch streng geheim waren, der ausforschenden Spiesherwelt als Zweck des Mittelverbandes bekannt geben:

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hat die Bestimmung, alle in Treue zu Kaiser und Reich stehenden Deutschen ohne Unterschied ihrer religiösen und politischen Stellung zum Kampfe gegen die antimonarchischen und revolutionären Bestrebungen der Sozialdemokratie zu einigen. Er erkennt es insbesondere als seine Aufgabe, zu diesem Behufe — unter voller Anerkennung der berechtigten Bestrebungen der Arbeiter auf Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage — 1. an hierzu geeigneten Orten feste Organisationen gegen die Sozialdemokratie zu schaffen; 2. der auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Tätigkeit der Sozialdemokratie durch Wort und Schrift entgegenzutreten; 3. bei Wahlen aller Art in den durch die Sozialdemokratie gefährdeten Bezirken und Orten auf ein gemeinsames Vorgehen aller bürgerlicher Parteien hinzuwirken; 4. den durch sozialdemokratischen Terrorismus bedrängten Arbeitern und Gewerbetreibenden nach Möglichkeit Hilfe zu gewähren; 5. zwischen allen gleichen und ähnlichen Ziele verfolgenden Vereinigungen und Veranstaltungen einen festen Zusammenhang herzustellen.

Der Sitz des Reichsverbandes ist Berlin. Der Jahresbeitrag der Mitglieder soll mindestens 1 Mark betragen. Wer eine einmalige Zahlung von mindestens 100 Mark leistet, erwirbt die Eigenschaft eines ständigen (außerordentlichen) Mitgliedes. Als Organe des Reichsverbandes sind vorgesehen der Vorstand (sieben Mitglieder), der Ausschuss (25 Mitglieder) und die mindestens einmal im Jahre tagende Generalversammlung. Für einzelne Länder, Provinzen und Bezirke sollen „Verbandsdelegierte“ bestellt werden, deren hauptsächlichste Tätigkeit auf propagandistischem Gebiet liegen soll.

Das alles wird am heutigen Montag im Hotel „Prinz Albrecht“ in Berlin feierlich beschlossen werden.

Zu den vielen ernsten und mächtigen Organisationen, die die friedliche Sozialdemokratie mit dem Terror niederknüppeln wollen, gesellt sich von heute ab eine lächerliche. Sie wird auf dem Papier ein kurzes Leben führen und den gründenden „Sekretären“, so lange das papierne Dasein dauert, eine arbeitsleere, aber genußreiche Existenz bieten.

Das ist ja der wahre Zweck der ganzen Gründung, die an sich gegenstandslos ist und von Tag zu Tag gegenstandsloser wird. Denn die Einigung aller bürgerlichen Elemente ohne Unterschied ihrer religiösen und politischen Stellung zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie war vollzogen, bevor den notleidenden Generalsekretären der Gründungsgebäude kam. Vor den Reichstagswahlen des letzten Jahres wurde dieses herrliche politische Gebilde aus dem Sumpfe bürgerlicher Verkommenheit gezogen und am Stichwahltag zum goldenen Idol der kapitalistischen Zukunft erhoben. Die seitdem vorgenommenen Erntewahlen haben einen einzigen ununterbrochenen Beweis dafür abgelegt, wie gläubig die bürgerliche Menge ohne Unterschied des Glaubens und der bisherigen politischen Ansichten dem neuen Gotte anhängt.

Der neue Reichsverband könnte sich also getrost auflösen, bevor er sich verbunden. Wenn nur nicht die beschäftigungslosen Sekretäre wären, die in der Not der herrlichen kapitalistischen Zeit doch auch leben und genießen wollen! —

Schimpf-Diplomaten.

Der römische Mitarbeiter der „Täglichen Rundschau“ hat dieser Tage einen „hochgestellten Diplomaten“ über die neuesten französisch-italienischen Vorgänge interviewt. Nachdem der hochgestellte Herr den Dreibund für intakt erklärt hatte, obwohl es im vorigen Jahre beinahe gelungen wäre, ihn zu sprengen, fuhr er fort: Auch sei man in Frankreich, bei allem guten Willen, Deutschland zu schaden, vorzüglich. Und der Intrigant Delcasse werde nicht so leicht triumphieren.

Wenn der Dreibund nunmehr so schwach zusammenhält, daß er im vorigen Jahre beinahe in die Brüche gegangen wäre, ist es zum mindesten sehr unvorsichtig zu nennen, daß sich ein „hochgestellter Diplomat“ für die diplomatischen Erfolge der französischen auswärtigen Politik durch grobe Beschimpfung ihres Leiters schadloß zu halten sucht.

Freilich ist die „schärfere Tonart“ gegenüber Frankreich in neuester Zeit, ohne daß man recht weiß warum, Mode geworden. Es dürfte darum dem hochgestellten Diplomaten nicht so leicht passieren, daß er den süßbitteren Maulkorb erhält, den er sich reichlich verdient hat.

Wenn aber ein sozialdemokratisches Blatt etwa von dem „Intriganten Plehve“ spräche, würde Graf Bülow sofort erklären, die Sozialdemokratie verjuche, die deutsch-russische Freundschaft zu zerstören. —

Bebel's „Villa“.

Aus Darmstadt wird der Magdeburger „Volkstimme“ geschrieben:

Mit Vorliebe liest das Organ des Freiherrn v. Seyl, die „Wormser Zeitung“, im Kampfe gegen die Sozialdemokratie die „Villa Bebel“ ins Gesicht. Genosse Bebel hat im Mai vorigen Jahres in einer überfüllten Versammlung in Worms eine eingehende Schilderung seiner „Villa“ gegeben. Herr v. Seyl selbst brachte es trotzdem im Februar dieses Jahres fertig, im Reichstag von einer Villa Bebel's am Rühricher See zu reden. Die deutliche Antwort, die der wahrheitsliebende Lederbaron von unsern Genossen erhielt, mag Veranlassung gewesen sein, daß in letzter Zeit in den Spalten des Seyl'schen Organs auffallend wenig von Bebel's „Villa“ zu lesen war.

Wer aber annimmt, daß die Seyl-Deute nunmehr gänzlich auf das beliebte Agitationsmittel verzichten würden, der irrt gewaltig. Der „Rheinische Beobachter“, ein in Ober-Fingelheim a. Rh. erscheinendes freisinniges Blättchen, bringt in seiner letzten Nummer die Notiz, daß der Verleger der „Wormser Zeitung“ ihm ein Klischee „Villa Bebel“ mit zugehörigem Artikel zum Preise von 2,50 Mark angeboten hat.

Hieraus ist zu schließen, daß sich die „Seyl-Gehilfen“ eifrig bemühen, Abbildungen der „Villa Bebel“ nebst entsprechendem Text in die Zeitungen zu bringen. Das Honorar „von Mk. 2.50“ läßt erkennen, daß man bestrebt ist, durch Billigkeit den Bildern nebst Begleitartikeln eine große Verbreitung zu verschaffen. Es ist hundert gegen eins zu wetten, daß der Verlag der „Wormser Zeitung“ ein gutes Geschäft machen wird. Noch besser allerdings wird die Sozialdemokratie dabei abschneiden. —

Deutschland.

* Berlin, 9. Mai. Das Abgeordnetenhaus vertrat am Sonnabend nach längerer Debatte die Gesetzentwürfe betreffend die Verwaltung gemeinschaftlicher Jagdbezirke und das Wildschongesetz an eine Kommission. Montag: Lotteriegesetz. —

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses genehmigte heute den Nachtragsetat, welcher drei Millionen für Wohlfahrtszwecke für Eisenbahnangelegte fordert, gegen eine Stimme. —

Ueber die Aussichten der Kanalvorlage schreibt die „Klerikale Wk. Volkstz.“: Die Kommission wird ohne Zweifel recht lange mit der wasserwirtschaftlichen Vorlage, insbesondere der Kanalvorlage zu tun haben. Aber wie die Sache enden wird, darüber läßt sich heute noch nichts sicheres sagen. Vermutlich werden wir das erst im nächsten Winter erfahren. „Das Zentrum wird weder mit Nein noch mit Ja stimmen, wenn die Kanalangelegenheit ihren natürlichen Verlauf nimmt und nicht etwas dazwischen kommt, was das ganze Zentrum auf die Nein- oder Ja-Seite bringt.“ Es wird schon „etwas dazwischenkommen“, wo das Zentrum geschlossen auf die Nein-Seite dringt. —

Wegen Majestätsbeleidigung ist in Schwerin ein Schlächtergeselle zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Strafkammer erkannte auf diese Mindeststrafe mit der Begründung, daß der Angeklagte etwas angetrunken war und auch nicht beabsichtigt hatte, mit dem betreffenden Wort eine Mißachtung gegen den Kaiser auszudrücken. Nach der Auffassung eines „Raien“ hätte er also freigesprochen werden müssen. Aber was versteht ein Raie von unsrer heutigen gelehrten Rechtsprechung! —

* Aus den Hansestädten, 7. Mai. Der „Konfessionär“, das Fachblatt der Konfessionshändler, läßt sich berichten: In den Hansestädten werden besondere Organisationen, zum Teil mit Unterstützung der Arbeitgeberverbände, zur Bekämpfung der Sozialdemokratie von Mitgliedern aller nicht sozialdemokratischen Parteien gebildet. In Bremen sind bereits alle Vorbereitungen zu einer solchen Organisation getroffen und zwar soll sie dort als Schutzverband der Arbeitgeber errichtet werden. In Hamburg haben sich die Mitglieder des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie konstituiert und auch schon erhebliche materielle Opfer gebracht. In Lübeck wird ein schon bestehender Verein zu einem Verein zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in nächster Zeit erweitert werden. — Und angesichts dieser Erfolge der bürgerlichen Einigungsbestrebungen will man noch einen besonderen Reichsbettelverband gründen! —

* Straßburg, 7. Mai. Die Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Straßburg-Land, die durch die Ungültigkeitserklärung des Mandats des demokratischen Rechtsanwalts Blumenthal-Kolmar erforderlich wurde, ist auf Sonnabend den 21. Mai anberaumt. —

Oesterreich.

In Prag hat es am Sonnabend abend einen politischen Theaterandal gegeben. Bürgerliche Blätter lassen sich darüber berichten: Ein hiesiges Varieteetheater gab ein Stück „Mückfähr“, das fast antisozialdemokratische Tendenzen hat. Der Autor ist ein ehemaliger Schriftsteller und früherer Sozialdemokrat, jetzt Mitglied des Prager tschechischen Nationaltheaters. Bei dem Auftreten eines karikierten sozialdemokratischen Redaktors erhob sich ungeheurer Spektakel, Pfeifen, Stampfen und Schreien. Dann erfolgten Segendemonstrationen der bürgerlichen Parteien im Parkett. Die Polizei war machtlos, so daß die Vorstellung mitten im ersten Akt abgebrochen werden mußte. Sie soll unter Polizeischutz wiederholt werden.

Italien.

Die Kammer hat den früheren Unterrichtsminister Rasi den ordentlichen Gerichten übergeben. Unmittelbar nachdem der Beschluß gefaßt war, wurde in Rasi's Wohnung eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Rasi soll nach Griechenland oder der Schweiz ausgewandert sein. —

Frankreich.

Am gestrigen Sonntag haben in ganz Frankreich die Stichwahlen zu den Gemeindevertretungen stattgefunden. Ein abschließendes Resultat liegt erst aus Paris vor. Dort sind 17 ministerielle und 9 Nationalisten gewählt worden. Paris ist also den

Deutscher Reichstag.

(86. Sitzung.)

Berlin, 7. Mai 1904, nachmittags 1 Uhr.

Zum Bundesratsitz: Frhr. v. Stengel.
Zunächst werden einige Rechnungsachen erledigt. Bei dieser Gelegenheit tabelliert

Abg. Dr. Sattler (natl.) die Lage Pragis der Rechnungs-Kommission angesichts etatmäßiger Seitenprüfungen der Kolonialverwaltung und spricht den Wunsch nach einer Reichsfinanzminister aus.

Abg. Gröber (Btr.) protestiert gegen diesen Vorschlag, der mit dem föderalistischen Charakter der Reichsverfassung unvereinbar ist.

Abg. Dr. Sattler (natl.) erklärt, er habe nur den allgemeinen Wunsch nach einer Stärkung der Stellung des Schatzsekretärs ausdrücken wollen.

Abg. Singer (Soz.): Zu entschuldigen brauchte sich Herr Sattler wirklich nicht. Es wird doch noch erlaubt sein, im Reichstag zentralistische Anschauungen zu vertreten. (Seiterzeit.) Es ist die höchste Zeit, daß den eigentümlichen Etatsgewohnheiten der Kolonialverwaltung ein Ende gemacht wird. (Bravo! b. d. Soz.) Damit schließt die Debatte.

Es folgt die zweite Beratung der

Kleine Finanzreform.

Durch § 1 wird die sogen. **Brandensteinische Klausel I** (Uebertreibung des Betrag von 180 Millionen Mark übersteigenden Ertrags der Zölle, der Tabaksteuer und der Stempelabgaben an die Einzelstaaten) insofern eingeschränkt, als künftig nur die Erträge der Stempelabgaben, der Maßschottsteuer und der Branntwein- und Materialsteuer den Einzelstaaten überwiesen werden sollen.

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Stengel: Der § 1 verfolgt das Ziel, durch Einschränkung der Uebertreibungen auf ein vernünftiges Maß die Verworrenheit des Reichsetats zu beseitigen und dem Reich wiederum die Bewegungsfreiheit über seine wichtigsten Einnahmequellen zu gewähren. Das ist in Hinblick auf die Zölle um so wichtiger, als wir vor der Einführung des neuen Zolltarifs stehen, dessen finanzielle Wirkungen sich nur schätzen lassen. Weiter soll hier die Gaushaltung der Einzelstaaten von einem Risiko entlastet werden, das ihnen jetzt eine halbwegs zuverlässige Etatsausstellung kaum mehr ermöglicht. Schließlich wird eine Verminderung der Reichsschuld erreicht. Dabei hat der Regierung die Absicht, das Budgetrecht des Reichstags anzutasten, vollkommen fern gelegen. Ich begreife, daß es dem Zentrum nicht leicht gewesen ist, sich für diese Vorlage zu entscheiden. Aus seiner Mitte stammt die Brandensteinische Klausel, und es mußte Empfindungen überwinden, die ihm selbst nur alle Ehre machen. Ueberraschender war mir die Stellung der freisinnigen Fraktion und der Sozialdemokraten, die ja ein Mann für Mann gegen die Brandensteinische Klausel gestimmt haben, während sie heute für ihre volle Aufrechterhaltung eintreten, ja sie, wie die Böwin ihre Jungen, verteidigen. Ich kann mir dies Verhalten nur so erklären, daß die Wirkungen der Brandensteinischen Klausel sich seit ihrer Einführung allmählich in ihr Gegenteil verwandelt haben. Die Kommission erteilt, ist aber in der Einschränkung der Brandensteinischen Klausel nicht so weit gegangen, als wir es planen. Sie hat insbesondere beschlossen, die Stempelabgaben als Uebertreibungsbetrag beizubehalten, das ist bedenklich, weil diese Uebertreibungsbetrag Schwankungen unterliegt. Doch stellt § 1 auch in der Kommissionsfassung einen recht wesentlichen Fortschritt dar, und ich glaube, daß die verbündeten Regierungen an diesen Veränderungen die Vorlage nicht scheitern lassen werden.

Abg. Richter (Freis. Sp.): Der Herr Schatzsekretär scheint ganz vergessen zu haben, wie die Sache 1879 lag. Die Brandensteinische Klausel war damals die Brücke, um dem Zolltarif eine Mehrheit zu verschaffen. Als Gegner des schuldnerischen Zolltarifs trufen wir uns selbstverständlich an diesem Brückenbau nicht beteiligen. (Sehr richtig! links.) Deshalb stimmten wir gegen die Klausel. Nun haben wir jetzt durchaus nicht für sie wie die Böwin

um ihre Jungen gekämpft. So ostentativ ging es in der Kommission nicht zu (Seiterzeit), sondern recht nüchtern. Tragisch war nur der Moment, als der Schatzsekretär mit bewegter Stimme erklärte, daß die Frage, ob die Zölle auscheiden sollten oder nicht, über Sein oder Nichtsein seines Ministeriums entscheiden würde. Erst auf Stellung dieser Kabinetsfrage wurde der Antrag mit 14 gegen 18 Stimmen angenommen, die Zölle aus den Uebertreibungsbetrag herauszunehmen. Wir werden gegen den § 1 stimmen, weil er die Einnahmen dem Reich überweist. Das ist jetzt um so weniger angezeigt, als niemand die Wirkungen des neuen Zolltarifs abschätzen kann. Es wäre auch ganz falsch, für die Einnahmen zu sorgen zur Deckung unbelannter Mehrausgaben der Zukunft für Militär, Marine und Kolonien. (Bravo! links.)

Abg. Frhr. v. Richthofen (kons.): Meine Partei ist von jeher für eine klare Trennung der Finanzen des Reichs und der Einzelstaaten eingetreten. Gegen die jetzige Vorlage wird zunächst eingewendet, daß sie das Einnahme-Bewilligungsrecht des Reichstags schmälere. Dieses Recht ist aber in den meisten Bundesstaaten nicht anerkannt und wir sind auch nicht geneigt, es grundsätzlich dort einzuführen. In der Reichsverfassung bewirkt die Matricularbeiträge im Effekt dasselbe, da dieses Recht dem Reichstag einmal gegeben ist, wollen wir es ihm auch nicht nehmen. Von seiner Verminderung durch die Vorlage kann nicht die Rede sein. Weiter wird behauptet, durch die Erhöhung erhöhter Matricularbeiträge könnte auch auf die Bundesstaaten ein Druck ausgeübt werden, für Sparmaßnahmen im Reichstag zu sorgen. Aber diese Matricularbeiträge werden auch nach Annahme der Vorlage bestehen bleiben und damit auch das Interesse der Bundesstaaten an Sparmaßnahmen im Reich. — Redner sagt die Stellung seiner Partei dahin zusammen, daß sie am liebsten weiter gegangen wäre wie die Regierungsvorlage, und in erster Linie für diese eintreten würde. Schließlich würde sie aber auch für die Kommissionsfassung zu haben sein. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Südelum (Soz.): Der Schatzsekretär hat ganz recht, daß die Brandensteinische Klausel seit ihrer Einführung sich immer mehr in ihr Gegenteil verkehrt hat. Damals befürchteten wir eine Stärkung des Partikularismus, heute ist diese Gefahr gleich null. Heute dient uns die Brandensteinische Klausel als Sicherung gegen die immer weitere Ausdehnung des persönlichen Regiments mit allen seinen Gefahren. Mein Fraktionsführer Weibel hat ja schon früher ausgeführt, daß der Reichstag nur noch einen Schatten seines Einnahmewilligungsrechts habe, wenn durch Aufhebung der Beiträge der Einzelstaaten zu den Reichskassen diese Einzelstaaten vom Reich unabhängig würden. Der Schatzsekretär hat erklärt, er würde sein Amt aufgeben, wenn das die Ansicht der Mehrheit wäre. Das ist immerhin erfreulich unter einem Ministerium Willens, das die zahllosen Glieds in der Kamalvorlage nur mit der Rückseite pariert und schließlich gar nicht mehr auf dem Schaulplatz der Niederlage erscheint. (Seiterzeit und sehr gut! b. d. Soz.) Wir fordern schon in unserem Programm eine wirkliche Finanzreform, die die Ausgaben durch Einnahmen deckt. Das tut die jetzige Finanzvorlage nicht. Wir wissen ja aber, daß sie nur der Schrittmarker sein soll für die große künftige Finanzvorlage, die eine neue Belastung der Massen in dem Augenblick bringt, wo die Einzelstaaten sich nicht mehr vor höheren Matricularbeiträgen fürchten.

Die neue Vorlage bringt auch keinerlei größere Klarheit in die Reichsfinanzverwaltung, da noch immer erhebliche Uebertreibungen stattfinden sollen. Uebrigens macht die rein rechnerische Arbeit des Zins- und Zinseszinses von 600-700 Millionen auch keinerlei Schwierigkeiten. Man braucht sie nur auf, um die Finanzreform, wie sie hier gemacht wird, zu begründen. Wir sind für eine wirkliche Finanzreform, bei der sollte dem Schatzsekretär unsere Unterstützung nicht fehlen. Ueber die Beschränkung des Einnahmewilligungsrechts des Reichstags sucht man uns damit zu trösten, daß man auf die Einnahmen hinweist, die auch nach Annahme des Gesetzes noch von unsrer Bewilligung abhängen werden. Aber je mehr Einnahmen wir bewilligen können, desto stärker ist unser Stimmrecht nahe bei voraussetzen, wo die Zusammensetzung des Reichstags sich wesentlich ändert. Wir müssen das Recht des Reichstags

um so schärfer wahren, als in den letzten Tagen in Bezug auf die Reichstagsabgeordneten an gewisser Stelle Ausdrücke „Recht“ und „Bande“ gefallen sind. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das sind auch in diese Finanzkalamitäten nur durch das persönliche Regiment, durch den Chinagug und die Kolonialabenteuer hineingeraten. Dagegen hilft nur, daß man die Einzelstaaten ihre Verantwortlichkeit am eigenen Körper fühlen läßt. Deshalb lehnen wir nur fast 600 200 Millionen hin und her. Das hat das Zentrum schon immer gefordert. (Bravo! l. Fr.)

Abg. Dr. Sattler (natl.): Wir hätten am liebsten die Regierungsvorlage angenommen, werden aber auch den Kommissionsbeschlüssen zustimmen.

Abg. Dr. Arendt (Sp.) erkl. in der Vorlage nur einen ersten Schritt. Er hofft mit dem Abg. Sabelum, daß die Zusammenfassung des Reichstags sich ändern werde und zwar in der Richtung, den die letzten Nachwahlen gezeigt haben. (Seiterzeit rechts.)

Abg. Dr. Bachnick (Freis. Sp.): Durch die Änderung der Regierungsvorlage ist die Gefahr eines Verlusts parlamentarischer Rechte beseitigt. Wir akzeptieren alles, was zur Beseitigung der Brandensteinischen Klausel führen kann. Freilich die Matricularbeiträge müssen aufrecht erhalten werden, da ihre Aufhebung sofort zur Einführung neuer Steuern führen würde. (Sehr richtig! links.)

Nachdem **Abg. Dr. Wolff (Btr.)** seine Zustimmung zur Vorlage erklärt hat, schließt die Diskussion.

§ 1 wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und freienfrinnigen Volkspartei angenommen.

§ 2 gibt in der Kommissionsfassung dem Artikel 70 der Reichsverfassung folgende Fassung: „Zur Bekräftigung aller gemeinschaftlichen Aufgaben dienen die aus den Zöllen . . . fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen. Insofern die Ausgaben durch die Einnahmen nicht gedeckt werden, sind sie durch Beiträge der Bundesstaaten nach Maßgabe der Bevölkerung auszubringen. Insofern diese Beiträge in den Uebertreibungen keine Deckung finden, sind sie den Bundesstaaten am Jahres-schluß in dem Maße zu ersetzen, als die übrigen ordentlichen Einnahmen des Reichs dessen Bedarf übersteigen. — Uebertreibungen aus den Vorjahren dienen zur Deckung gemeinschaftlicher außerordentlicher Ausgaben.“

Reichsschatzsekretär v. Stengel empfiehlt trotz einiger von der Kommission vorgeschlagener Änderungen den Paragraphen, der die bisherigen Schwankungen im Ordinarium vermindert.

Abg. Richter (Fr. Sp.) erntet an, daß der § 2 gewisse Verbesserungen bringt. Aber diese werden dadurch aufgehoben, daß den Einzelstaaten gewissermaßen die erste Hypothek auf Ueberträge im Reich abgenommen wird. Auch falls die Einzelstaaten die Ueberträge zur Schuldentilgung verwenden würden, so bleibt doch die Tilgung der Reichsschulden wichtiger als die der Landes-schulden. Wenn aber das Reich bemüht ist, seine Ueberträge zu machen, so wirkt die Bestimmung der Sparamkeit entgegen. Wir beantragen geordnete Abstimmung über den betr. Absatz und machen unsere Zustimmung zu dem ganzen Paragraphen von seiner Ausmerzung abhängig. (Bravo! links.)

Staatsekretär Frhr. v. Stengel: Auf die Einführung direkter Reichssteuern will ich nicht näher eingehen. (Zuruf b. d. Soz.: Warum nicht?) Ich will nur ausführen, daß die Bedenken des Vorredners auf solchen Voraussetzungen beruhen. Heute sind alle Matricularbeiträge aus schließlich zinslos. — 2. Wenn die Einnahmen des Reichs nicht ausreichen. In Zukunft sollen die Matricularbeiträge, die das Reich den Einzelstaaten überweist, den ordentlichen Reichseinnahmen gleichstehen, und nur die ungedeckten Matricularbeiträge, die die Einzelstaaten aus ihrem eignen Haushalt ausbringen, als subsidiär angesehen werden. Das ist eine Einschränkung des Rechts der Bundesstaaten, und wenn sie abgelehnt würde, könnte der Bundesrat dem ganzen Gesetz wohl nicht mehr zustimmen.

Abg. Dr. Südelum (Soz.): Ueber die Frage nach direkten Reichssteuern hat sich der Schatzsekretär in der Kommission offener ausgesprochen. Warum ergreift er nicht mit Freuden die Gelegenheit, jetzt auch vor dem ganzen Volke zu erklären, daß an die Einführung

Thella Burmester sah bereits wartend im Wohnzimmer. Beim Eintritt der Eltern erhob sie sich, ging dem Vater einige Schritte entgegen und reichte ihm mit ängstlich besorgener Miene die Hand. Er drückte sie ihr warm zur Gutmütigkeit. Da schlug sie die Augen auf und begegnete seinem freundlichen Blick. Mit einem kleinen Seufzer der Erleichterung begab sie sich wieder auf ihren Platz.

Die Nachtmacht vertiefte aber doch in recht gedrückter Stimmung, denn die gnädige Frau sah streng und steif da und sprach kaum ein Wort, und der Konsul wollte in ihrem Gegenwart nicht von der Sache anfangen, die sie alle bedrückte. Man beeilte sich, mit dem Essen fertig zu werden. Dann wurde der Diener hinausgeschickt, um den Zimmer des Herrn die Lampe anzuzünden, und dann erhob sich Thella, um den Eltern „gut Nacht“ zu wünschen.

„Ach bitte, noch ein Weilchen!“ rief Herr Burmester. „Ich habe mit Dir zu reden, mein Kind. Komme mit mir in mein Zimmer.“ Ohne ein Wort zu erwidern, schritt das junge Mädchen hinter ihrem kleinen biden Pflegevater her, den seinen runden Kopf mit den zwei langen, üppigen dunkelbraunen Zöpfen schuldbehaftet gesenkt, und mit ängstlich zuckenden Lippen. Sobald sie in seinem reich und behaglich eingerichteten Arbeitszimmer angelangt waren und er die Tür hinter ihr eingeklinkt hatte, fing das große Kind auch schon an zu weinen.

Der Konsul setzte sich in einen Lehnstuhl, ließ Thella näher treten, ergriff sie bei beiden Händen und betrachtete sie sich mit mitleidigen Lächeln. Thella's Zähne war es als ziemlich groß und reizend gewachsen, schlanke und lieblich rüchlich dabei. Sie hatte ein schattiges braunes Gesichtchen an und eine dunkelblaue Matrosenbluse, wie sie jüngere Knaben mit Vorliebe zu tragen pflegen, mit einem hellgelben Ledergürtel um die Taille zusammengehalten. Es guckte um das seine weiße Halschen, es guckte um die niedliche kleine Nase, über die etwas stubenblauen Wangen liefen die Tränen und neue wollten sich aus den langen, dunkeln, gesenkten Wimpern hervorbringen.

(Fortsetzung folgt)

Feuilleton.

Madeira 1904.

Der Kraft-Max.

Ein humoristischer Rusland-Roman.

Vom Gedanken Franz Nigis gewidmet von Graf v. Balzogen (6. Fortsetzung.)

Nun wurde der Konsul auch aufgeregt. Er kimperte mit den Schlüssel in seiner Tasche und wippte mit den Knien. „Berühmte Dich, bitte, nicht!“ rief er vorwurfsvoll. „Das Kind ist sanft und gut und liebevoll, und wenn es weiter keine lasterhaften Anlagen geerbt hat, als die Luft an geschmackloser Dekoration, so können wir, meine ich, sehr zufrieden sein. Auf den Geschmack kann man doch bildend einwirken. Uebrigens stammt die Idee, ein ganz fremdes Mädchen zu adoptieren, doch von Dir, wie Du Dich vielleicht erinnern wirst. Ich war ja immer dafür, lieber eine arme Verwandte ins Haus zu nehmen.“

„Ich habe Dir doch aus meiner Familie allein ein halbes Duzend junger Mädchen zur Auswahl gestellt,“ versetzte Frau Olga pikiert.

Und er fiel prompt ein. „Die waren mir bloß nicht übermäßig sympathisch, aber Du hast überhaupt an keiner auch nur ein gutes Haar gelassen. Du wolltest ja durchaus eine Schönheit haben und ein musikalisches Genie daraus züchten. Darum war Dir die Tochter des fahrenden Musikanten und des hübschen Götterzimmersmädchens lieber als alle legitimen Töchter unsrer beiderseitigen Familien. Aber jetzt trage auch die Folgen.“

„Was meinst Du damit?“ rief Frau Olga aufgeregt. Ihre tiefliegenden dunkeln Meerzogenaugen sprühten kampflüster ihren Gatten an. Sie setzte sich in den Lehnstuhl, den er vorher eingenommen hatte, und trommelte mit den Fingern auf der Tischplatte. „Ich habe Dich ausreden lassen, mein Lieber,“ fuhr sie spitzig fort. „Du willst mich mit ironischen Ausfällen ducen. Na ja, das ist ja ganz amüsant, aber ich denke doch, diese ernste Frage erfordert eine ernste Ueberlegung. Du wäschst Deine Hände in Unschuld, nicht wahr? ich soll die Folgen allein tragen. Was denkst Du Dir eigentlich darunter? Soll ich gottgegeben aufhauen,

wie die Natur der Mutter in diesem Kinde wieder die Oberhand gewinnt?“

„Die Mutter hat mir einen sehr angenehmen Eindruck gemacht. Sie ist doch auch eine brave, solide Frau geworden. Der Vater scheint mir gefährlicher. Der kann ja ein großer Dumpe gewesen sein, wenigstens wissen wir nichts vom Gegenteil.“

„Aber er hat gewiß keine Hintertreppe romane gelesen.“

„Dafür hat sie den Gang zum Dienstpersonal doch sicher einmal von ihm! — Uebrigens Scherz beiseite! Hast Du's ihr nicht vielleicht an guter und geschmackvoller Dekoration fehlen lassen?“

„Ja? Die ausgewähltesten Klassischen und edelsten modernen Werke habe ich ihr zur Verfügung gestellt. Aber natürlich, das langweilt sie.“

„Natürlich,“ lachte der Konsul ihr nach. „Das langweilt solche halben Kinder meistens. Und Erwachsene manchmal nicht minder.“

„Dich freilich,“ höhnte die Gattin. „Der Mangel einer klassischen Bildung ist eben durch nichts zu ersetzen. Das zeigt sich recht eklatant an Dir, mein Lieber.“

„Du bist außerordentlich freundlich, meine Beste.“ Dabei zog der Konsul seine Hände aus den Hosentaschen und steckte sie zur Abwechslung in die Rocktaschen. Aber mit einem Nachdruck, dem man es wohl anmerkte, daß er sich an einer empfindlichen Stelle getroffen fühlte. Er schob ärgerlich seine dicke Unterlippe vor und ging ein paar mal auf und ab. Dann blieb er vor seiner Gattin stehen und sagte: „Auf diese Weise kommen wir zu nichts. Ich werde mal selbst mit Thella reden.“

Frau Olga rümpfte die Nase. „Bravo! Jetzt hast Du Dich ja glücklich in die rechte Stimmung hineingeredet, um dem Fräulein gewaltig zu imponieren.“

„Das imponieren wollen überlasse ich Dir. Das gehört durchaus nicht zu meinen Erziehungsgrundsätzen. Ich habe das Kind lieb — ich kann wirklich sagen, wie wenn's mein eigenes wäre. Ich hoffe, daß Thella das fühlt. Und wenn sie das fühlt, dann wird sie auch auf mich hören. Aber bitte, laß mich allein mit ihr reden.“ Er öffnete die Tür und ließ seine Frau vorangehen.

Der Reichstag hat am 18. d. M. die Schlichtung des Streit zwischen den Reichsregierungen und den Reichsarbeitern...

Die Reichsregierungen sind bereit, die Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen, wenn diese sich zu einer Einigung bereit zeigen...

Die Reichsregierungen sind bereit, die Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen, wenn diese sich zu einer Einigung bereit zeigen...

Die Reichsregierungen sind bereit, die Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen, wenn diese sich zu einer Einigung bereit zeigen...

Die Reichsregierungen sind bereit, die Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen, wenn diese sich zu einer Einigung bereit zeigen...

Die Reichsregierungen sind bereit, die Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen, wenn diese sich zu einer Einigung bereit zeigen...

Die Reichsregierungen sind bereit, die Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen, wenn diese sich zu einer Einigung bereit zeigen...

Die Reichsregierungen sind bereit, die Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen, wenn diese sich zu einer Einigung bereit zeigen...

Die Reichsregierungen sind bereit, die Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen, wenn diese sich zu einer Einigung bereit zeigen...

Die Reichsregierungen sind bereit, die Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen, wenn diese sich zu einer Einigung bereit zeigen...

Die Reichsregierungen sind bereit, die Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen, wenn diese sich zu einer Einigung bereit zeigen...

Die Reichsregierungen sind bereit, die Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen, wenn diese sich zu einer Einigung bereit zeigen...

Die Reichsregierungen sind bereit, die Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen, wenn diese sich zu einer Einigung bereit zeigen...

Die Reichsregierungen sind bereit, die Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen, wenn diese sich zu einer Einigung bereit zeigen...

Die Reichsregierungen sind bereit, die Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen, wenn diese sich zu einer Einigung bereit zeigen...

Die Reichsregierungen sind bereit, die Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen, wenn diese sich zu einer Einigung bereit zeigen...

Die Reichsregierungen sind bereit, die Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen, wenn diese sich zu einer Einigung bereit zeigen...

Die Reichsregierungen sind bereit, die Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen, wenn diese sich zu einer Einigung bereit zeigen...

Die Reichsregierungen sind bereit, die Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen, wenn diese sich zu einer Einigung bereit zeigen...

Die Reichsregierungen sind bereit, die Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen, wenn diese sich zu einer Einigung bereit zeigen...

Die Reichsregierungen sind bereit, die Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen, wenn diese sich zu einer Einigung bereit zeigen...

Die Reichsregierungen sind bereit, die Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen, wenn diese sich zu einer Einigung bereit zeigen...

Die Reichsregierungen sind bereit, die Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen, wenn diese sich zu einer Einigung bereit zeigen...

Die Reichsregierungen sind bereit, die Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen, wenn diese sich zu einer Einigung bereit zeigen...

Gewerkschaftsbewegung.

Die Maurer in Karlsruhe verlangen einen Stundenlohn von 45 Pfennig und beschließen, heute die Arbeit niederzulegen...

In Rautzberg haben die Arbeitgeber im Bauwesen die Einigungsversuche des Gewerbegerichts...

Die geplante Aussperrung der Wiener Bauarbeiter kommt vorläufig nicht zustande...

Die Handels- und Transportarbeiter in Breslau, die seit einiger Zeit zu 95 Prozent im Zentralverband...

Ein Boykott wurde vom Bremer Gewerkschaftsrat über sämtliche Brauereien Bremens...

Mit der Frage der Tarifgemeinschaften befaßte sich der Verein deutscher Steindruckereibesitzer...

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 9. Mai 1904.

Ueber Gemeinden und Tuberkulose-Kämpfung hat Graf Posadowsky im Namen des Reichstanzlers...

In dem Kampf gegen die Tuberkulose spielt seit einigen Jahren die Heilstättenbehandlung...

Trotzdem scheitert zuweilen die Verbringung in eine Heilstätte...

Der Gesichtspunkt, den der Staatssekretär des Innern hier berücksichtigen will...

„Wider die Pfaffenherrschaft“, Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts...

Der Gesichtspunkt, den der Staatssekretär des Innern hier berücksichtigen will...

Provinz und Ungend.

Zubiel Ferien auf dem Lande!

Das die Art und Weise, wie auf dem platten Lande bei jeder Gelegenheit die Kinder zum Nutzen einiger Interessenten...

Die Weihnachtsferien sollen in der Regel 6, die Osterferien 12, die Pfingstferien 6 Tage...

Das ist nur ein kleiner Fortschritt. Unbedingt nötig wäre, den Lehrern auf dem Lande das Ueberlassen der Kinder...

Cracau, 9. Mai. (Wer singt mit?) Alle Genossen, die gemittelt sind, einem Gesangsverein beizutreten...

Braunschweig, 7. Mai. (Warenhaussteuer.) Der Magistrat hat den Stadtverordneten eine Vorlage...

Salz a. S., 9. Mai. (Opfer des § 153.) Das hiesige Schöffengericht verurteilte am 15. März d. J. den Maurer Friedrich Högel...

Cracau, 9. Mai. (Ein Interoffizier als Selbstmörder?) Auf dem hart am Steigerwald gelegenen „Jubiläumspfad“...

Cracau, 7. Mai. (Polizisten sind keine Arbeiterbrüder!) „Unser Arbeiterbrüder im Polizeirock“...

Gentlin, 7. Mai. (Was uns bitter not tut.) Neben das Schicksal des für reiche Leute bestimmten, von armen jedoch bezahlten Progymnasiums haben wir unsere Leser unterrichtet. Raum ist aber diese Schuldenquelle (denn die Reichen brücken sich vor dem Tragen der Lasten) befreit, möchten gewisse Interessenten der Stadt eine neue schaffen: Man ruft nach einem Realgymnasium! Mit Sozialdemokraten sind stets für Errichtung besserer Schulen, allein wir sind dagegen, daß sie einerseits den zahlungsfähigen Einwohnern überlassen bleiben und dann, daß der Gemeinde die Kosten dafür aufgeschuldet werden. Zudem, wenn, wie hier bei uns, andre Dinge viel wichtiger sind. Da sagt z. B. in einem Eingekandt der „Gentl. Bg.“ ein hiesiger Bürger sehr treffend:

„Da sehe man sich mal die vielen neuen Straßen an, die seit 25 Jahren angelegt sind, die sich aber meistens in einem Zustande befinden, der einer Stadt unwürdig ist. Hätten wir niemals das Progymnasium gehabt, sähen die Straßen anders aus. Für dasselbe sind jährlich über 80 000 Mark ausgegeben; was sollte da für andre Zwecke in untrer kleinen Stadt übrig bleiben? Im ganzen sind für circa 82 Gentliner und für 18—20 auswärtige Schüler zusammen im Jahr 42 000 Mark ausgegeben. Da sollte man doch froh sein, daß das Uebel endlich beseitigt wird, statt dessen hört man schon wieder von einem Realgymnasium. . . Ja, wenn die Herren sich diese höhere Lehranstalt selbst einrichten und selbst unterhalten wollen, ist es etwas anders. Doch die reichenden Leute sind knapper geworden, gestorben und verborben, vielleicht aber werden mit der Zeit andre Großtuer ihre Stellen einnehmen, denn jeder Mensch ist zu ersehen, am leichtesten die Großtuer. . . Die Wühlerei für das Progymnasium hat doch recht wunderliche Wüsten getrieben. Genau dieselben Leute, die dieser Anschauung huldigen, agitieren für Kanalisation und Wasserleitung, für ein Schlachthaus und alle andern Dinge, für die Gentlin zu klein ist. Wo für alle diese Sachen das Geld herkommt, daran haben sie wohl nie gedacht. Es ist den Herren zu ginnen, daß eine Fortbildungsschule eingerichtet wird; sie können dann nicht bezäumen, einen Kursus darin durchzumachen, damit sie erst mal rechnen lernen, was sie früher entschieden nicht ordentlich abfolgiert haben. Bei den schönen Sparfassenüberschüssen, seit langer Zeit 25—30 000 Mark, müßte Gentlin ein Musterstädtchen sein, könnte gute Schulen und manches andre besitzen und brauchte keine Schulden zu haben, geschweige gar neue Schulden zu machen, wenn eben das Progymnasium nicht gekommen wäre, und nun möchte man gar noch ein Realgymnasium haben. Der frühere Stadtkassier G. sagte gelegentlich öfter, wenn von dem schon damals nebleibenden Progymnasium die Rede war: Gentlin ruht nicht eher, als bis es eine Universtität hat. Der Mann kannte die Marotten mancher Gentliner. Für Gentlin gibt es keinen besseren Rat, als man streckt sich nach der Decke. Müchten wir unsre Volksschule nach der Berliner Gemeindefchule ein, nach und nach achtklassig, und geben wir nebenbei guten Schülern Gelegenheit, neben den oberen Klassen fremde Sprachen zu erlernen, oder richte man einige Mittelschulklassen ein!“

Den Rat, sich die höhere Schule, die nur für ihre Kinder bestimmt ist, selber zu bezahlen, werden die reichen Bourgeois Gentlin nicht befolgen. Zum Bezahlen soll eben der dumme Arbeiter und der Kleinbürger gut genug sein. Wenn es Geld kostet, schiden die sich sonst als Lokalpatrioten gerierenden Herrschaften ihre Kinder lieber nach Brandenburg zur Schule.

Gentlin, 7. Mai. (Von der Sparkasse.) Am Schlusse des Jahres 1902 betragen die Einlagen der Interessenten auf Wäcker 4 860 755,06 Mk., im Jahre 1903 sind belegt worden 1 108 295,52 Mk., und den Interessenten pro 1903 Zinsen zugeschieden 140 991,69 Mk., woraus sich die Summe ergibt von 6 110 042,27 Mk. Zurückerhalten sind im Laufe des Jahres 1 034 008,90 Mk., mithin sind am 31. Dezember 1903 für die Interessenten auf Wäcker belegt geblieben 5 076 055,37 Mk., gegen das Vorjahr also mehr 215 280,51 Mk. Der Betriebliche Ueberschuß bezw. der Reingewinn pro 1903 berechnet sich wie folgt: Einnahme: Zinsen z. 215 603,03. Ausgabe: Zinsen: a) den Konten Beschränkte 140 991,69 Mk., b) den Sparern im Laufe des Jahres bez. bezahlte und andre Zinsen 5 717,92, Verwaltungskosten 8 190,71 Mk., Ueberschüsse pro 1903: 60 903,31 Mk. Von der im Januar 1882 errichteten Pensions-Sparkasse wurden seit dem Bestehen bis Ende Dezember 1903 zur Hauptkasse abgeliefert 3510 Mk. Der Umsatz von Spartamarken im Jahre 1903 betrug 50 Mk. Die Sparkasse verzinst die Einlagen im Rechnungsjahre mit 3 Prozent.

Hallerstadt, 7. Mai. (Neue Wagenfahrer.) Auf der elektrischen Straßenbahn kann man tagtäglich sehen, wie neue Wagenführer angeleitet werden. Jedenfalls haben die alten Wagenführer ihre Absicht, zum Frühjahr abzugehen, weil ihnen der Lohn zu gering war, ausgeführt. Trotzdem mehrere Stadtverordnete energig verlangt haben, den Lohn der Wagenführer zu erhöhen, um tüchtige brauchbare Leute zu halten, geschieht nichts dergleichen. „Es gibt ja Gratifikationen.“

Röthen, 9. Mai. (Ein Streit der Stadtverordneten) steht hier in Aussicht. Die letzteren haben nämlich beschlossen, in der Streitsache, welche zwischen dem ersten Stadtrat Dr. Puschmann und der Stadtverordnetenversammlung schwelzt, Puschmann aufzufordern, binnen 8 Tagen öffentlich Abbitte zu leisten, widrigenfalls kein Stadtverordneter die Versammlungen besuchen werde, bei welchen der erste Stadtrat den Vorsitz führt. Jedenfalls wird sich nach die kaiserliche Regierung als Vermittlerin einmischen müssen.

Schönebeck, 7. Mai. (Ueber eine Landläufige Kirchen- und Abendmahlsflucht.) Leitartikel des „Schönebecker Tageblatt“:

„Wer von der Bagellenfurcht nicht loskommen kann, der mag getrost vom Abendmahl fernbleiben; die Kirchengemeinde wird in der Regel — Ausnahmen geben wir zu — nicht allzuviel an ihm verlieren. Das hätte auch eine Leserin der „Täglichen Rundschau“ tun sollen, die in einer breiten Zeitschrift an diese erzählt, daß sie am Gründonnerstag beständig darauf achtete, ob sie auch aus dem weiten, soeben gereinigten Gemeindefeld zu trinken bekäme. Man schenke sich doch solche hochtrabenden Worte und höre auf, in so lächerlicher Weise gegen eine altverehrten Feste Sturm zu laufen, die nicht ein Taufenspfel in ihr angeichteten, gesundheitslichen Gefahren aufweist. Man laue doch das Kind beim rechten Namen und entschuldige nicht die Landläufige Kirchen- und Abendmahlsflucht, namentlich in den Großstadtkommunen mit Grün, die bei rechter Beleuchtung in nichts zerinnen.“

Herrn Kirchschelder ist es auch nicht an der Wiege gesungen worden, daß er später einmal über Mängel der christlichen Kirche zu klagen hätte. . . .

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Schon wieder ereignete sich in der Kaserne des Kaiser-Regiments Nr. 12 in Torgau ein Selbstmord — im Zeitraum von etwa einem Jahr bereits der vierte Fall. Vermuthlich aus Furcht vor einer zu erwartenden Strafe legte ein Husar Hand an sich, indem er sich in einer Schmitze des Kasernenmies erhängte. — Bei Queblinburg ist Sonnabend nacht der Gasthof „Zum weißen Hof“ in Friederichsbrunn bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt. Auch das Stallgebäude ist ein Haub der Flammen geworden. Des Feuer ist wahrscheinlich angelegt und ein der Brandstiftung verdächtiger Mann wurde bereits festgenommen. — Ueberfahren und getödt wurde kurz hinter der Station Königshof ein selbst wohnhafter Maurer von dem 649 Uhr von Königshof abgehenden Zuge der Linie Wittenberg—Tanne der Halberstadt—Blankenburger Eisenbahn. Anscheinend hat der Bergungskräfte, der taub gewesen ist, beim Beschreiten des Bahüberganges das Räder des Zuges nicht bemerkt. — Auf dem Daut der Volksschule in Heddingen machte sich eine Schülerin damit ein Vergnügen, eine Wöhl hoch zu heben. Bei dem „Spiel“ fiel ein andres Mädchen in die Grube, doch hat ihm dies unfer-

willige „Das“ nicht geschadet. — Sonnabend nach 77 Uhr Versuchte der Schnebergelle Herbst in Tratorf sich in einem Anfall von Geistesstörung durch einen Schuß in den Mund zu töten; zur Vorsicht hatte sich der Unglückliche einen Strick um den Hals gelegt, um sich nach aufzubängen. G. ist schwer verletzt. — Die Strafkammer in Naumburg beurteilte den 18jährigen Bauernburschen Franz Vogt aus Neilschütz (Kreis Weißenfels) zu 8 Monaten Gefängnis, weil er, mit einem Gewehr spielend, das Köpferchen eines Nachbarn erschossen hat. —

Gerichts-Beitung.

Landgericht Magdeburg.
Sitzung vom 7. Mai 1904.

Konkursvergehen. Der Kaufmann und Gastwirt Deide zu Götensleben, geboren 1856, geriet am 8. Dezember 1903 in Konkurs, wobei sich ergab, daß er Handelsbücher nicht geführt und Bilanzen nicht gezogen hatte. Von seinen Gläubigern begünstigte er den Fabrikbesitzer Niemann, dem er 1100 Mark schuldete, durch Hingabe von Waren in Höhe von 400 Mark und den Schwager, Meißner Arent, der 200 Mark zu fordern hatte, ebenfalls durch Lieferung von Waren. Die Köchin Diehm, deren Lohnforderung 1500 Mark betrug, erhielt sogar nach der Konkursveröffentlichung zur Sicherheit eine Lebensversicherungspolice verpfändet. Frau Deide, Emma, geb. Arent, geboren 1862, soll ihrem Mann bei der Gläubigerbegünstigung Beihilfe geleistet haben. Die Kammer erachtete nicht für erwiesen, daß der Angeklagte Vollkaufmann gewesen sei. Die Begünstigung und Beihilfe dazu wurde nur im Fall Arent für nachgewiesen erachtet. Das Urteil lautete deswegen gegen Deide auf 100 Mark, gegen seine Frau auf 20 Mark Geldstrafe.

Freigesprochen. Der Arbeiter Paul Brömse zu Neuhaldensleben, geboren 1862, soll am 6. Februar d. J. auf einem Maskenball das Portemonnaie der ledigen Klara Süßengut mit 5 Mark Inhalt gefunden und eingesteckt haben. Das Schöffengericht erkannte am 8. März wegen Unterschlagung auf 3 Tage Gefängnis. Die Berufungskammer hob dies Urteil auf und sprach den Angeklagten frei. —

Militär-Justiz.

Italienische Soldatenschinder. Aus Italien wird uns geschrieben: Vor dem Kriegsgericht zu Vicenza hatte sich der Sergeant Felice Witka vom 8. Regiment der Langenreiter Montebello wegen Soldatenschinderhandlung zu verantworten. Am 7. März hatte er den Soldaten Parenti auf der Reitbahn mit auf dem Rücken zusammengebundenen Armen reiten lassen, wodurch der Soldat natürlich von dem Pferde abgenommen wurde und sich derartige Verletzungen zuzog, daß seine Aufnahme ins Lazarett nötig wurde. Der Sergeant suchte sich damit zu entschuldigen, daß er angeblich, berartige Erziehungsmethoden seien in seinem Regiment ganz allgemein. Der Militärtribunal dagegen gab an, er habe sich an besagtem Tage nicht wohl gefühlt und den Sergeanten vergebens beschwört, ihm nicht die Hände zu binden, da das seinen unvermeidlichen Fall herbeigeführt hätte. Das Kriegsgericht, wie immer in derartigen Fällen, zeigte sich von einer außerordentlichen Milde und verurteilte den rohen Soldatenschinder zu nur 2 Monaten Gefängnis. — Ganz wie bei uns. —

Vermischte Nachrichten.

Der rote Schlipf des Oberlehrers. Aus Blauen i. B. wird berichtet: Die vielbesprochene Tatsache, daß der Religionslehrer am hiesigen königlichen Gymnasium, Oberlehrer Weidauer, ein Führer der Nationalsozialen, bei der Sedanfeier des Gymnasiums einen roten Schlipf getragen hatte, beschäftigte wiederum das Gericht. Diesmal stand vor dem Landgericht Termin gegen den Schriftsteller Reizner an, der im „Boigt. Anz.“ den Vorfall besprochen hatte. Das Schöffengericht hatte Reizner freigesprochen, das Landgericht hob auf Reizners Weidauers das Urteil auf und verhängte gegen Reizner eine Geldstrafe von 80 Mark wegen Beleidigung. Die Annahme, daß das Tragen des roten Schlipfes an jenem Tage nicht zufällig, sondern absichtlich gewesen sei, wurde nach dem „Boigt. Anz.“ als Beleidigung angesehen. —

Heimatlose auf der Wanderung. Aus Furch im Währungs Wald wird dem „Fränk. Kurier“ berichtet: Seit einigen Wochen schon kommen Tausende von russische Juden hier durch, die, wie sie erzählen, aus ihrer bisherigen Heimat vertrieben wurden. Fast jeder Zug bringt solche Flüchtlinge, die oft schon viele Tage unterwegs sind, ohne aus den Kleibern gekommen zu sein. In den Wartesälen unterwegs richten sie sich, so gut es eben geht, häuslich ein, schlafen, machen Toilette, ihre Siebensachen immer bei sich führend. Die Leute, vielfach in der jüdisch-russischen Tracht, in Kasan, hohen Stiefeln und der charakteristischen Schürmütze, leben äußerst ärmlich und sind in sehr gedrückter Stimmung. Dabei geht ihr Mißtrauen so weit, daß sie selbst gegen kleine Geschenke, teilnehmende Fragen und dergleichen sich ablehnend verhalten — wenigstens amangs. Deutsch reden sie fast alle, jedoch wenig. Von hier geht ihre Reise nach Frankfurt a. M., wo sie von Glaubensgenossen unterstützt werden. Das Ziel ihrer Reise ist Kanada, ihr Einschiffungshafen Rotterdam. —

Saare auf den Zähnen. In einem Gerichtsberichts hatte der Redakteur unreser Frantfurter Parteiorgans von einer Frau die Wendung gebraucht, sie habe Saare auf den Zähnen. Die Frau klagte und emigte sich vor dem Schiedsrichter mit dem Sündner auf folgende Ehrenklärung:

Nachdem ich mich nunmehr persönlich überzeugt habe, daß die Wendung in dem betreffenden Gerichtsberichte, Frau Eich habe „Saare auf den Zähnen“ nicht den Tatsachen entspricht, bin ich gern bereit, diese Behauptung zurückzunehmen. —

Es ist erreicht. In Windischleuba in Sachsen-Altenburg war im verflossenen Jahre ein Kaufmann als Volksschullehrer tätig. Der Herr hat jetzt die Lehrertstelle aufgeben müssen, da es ihm zu Ostern nicht gelungen war, durch eine Prüfung am Landesfeminar die Qualifikation zum Lehrer zu erwerben. Wie der „Dorfzeitung“

gemeldet wird, ist jetzt als Nachfolger Hermanns ein Dragoner-Untersoffizier als Lehrer eingesetzt worden. —

Die Ehe tragödie einer Kennerin. Die Gerichte in Chicago haben sich soeben vor die Aufgabe gestellt gesehen, die Ehe eines neunjährigen Mädchens Gertrude Truffy aus Brighton im Staate Illinois für ungültig zu erklären. Der Gergang dieser furchtbaren Geschichte, die in Amerika die größte Sensation erregt, ist folgende: Die Familie, aus der das unglückliche Mädchen stammt, war sehr arm und lebte in einem spärlich bevölkerten Teil der Ogark-Berge in Missouri. Sie wurde ein alter Mann namens John Deeper auf das geschickte, tüchtige kleine Mädchen aufmerksam und bat ihre Mutter um ihre Hand. Die Frau war froh, für einen weniger zu sorgen zu haben und gab ihre Einwilligung. Da Gertrude den alten Mann vom ersten Augenblick an hasste und ihm immer ängstlich aus dem Wege ging, sagte man ihr nicht, was ihr bevorstände. Die Trauungszeremonie fand im Hause eines Nachbarn statt. Dem Mädchen wurden lange Kleider angezogen, um „er Geißlichen zu kauschen. Man sagte ihr, daß es sich um eine Gesellschaft handle, und in ihrer Unschuld glaubte sie dies auch. Erst nach zwei Wochen teilte ihre Mutter ihr mit, daß sie John Deepers Frau sei und mit ihm gehen und bei ihm leben müsse. Das Kind gehorchte und fand, daß sein neues Heim eine einkame Kiste war, die eine Meile von jeder menschlichen Wohnstätte entfernt lag. Hier mußte nun Gertrude für den alten Mann Tag und Nacht Sklavendienste verrichten, und dabei bekam sie nur wenig und schlecht zu essen. Ueber ein Jahr lang kannte sie kein Spiel, hatte keine Vergnügungen und sah kein andres menschliches Wesen. Schließlich lehrte Deeper nach Iowa zurück, wo er erwachsene Kinder hatte, und hier begann ein neues qualvolles Leben für Gertrude. Ihr Mann hatte Enkelkinder, die älter als sie waren, aber durfte nicht einmal mit ihnen spielen. Eines Tages nahm der alte Mann, der stolz auf seine junge Frau war, sie mit zu einer Mrs. Crandall, die ihm früher Beschäftigung gegeben hatte, und Gertrude durfte die Nacht bei ihr bleiben. Diese Gelegenheit benutzte sie, um sich ihrer Wirtin anzuvertrauen. Mrs. Crandall war außer sich und ließ Gertrude nicht mehr zu ihrem Mann zurückkehren. Die Sache wurde einem Rechtsanwält übergeben, und die Gerichte haben jetzt die Ehe für ungültig erklärt. —

Die größte Orgel der Welt ist die, welche im Festhause der Weltausstellung von St. Louis steht und in diesen Tagen zum ersten Male ihre gewaltige Klangfülle öffentlich hören läßt. Der Raum, den das 10 059 Pfeifen zählende Werk beansprucht, ist 62 Fuß lang, 40 Fuß hoch und 33 Fuß tief. Die Orgel weist fünf Manuale und nicht weniger als 140 klingende Register auf, eine Zahl, die bisher nirgendwo erreicht worden ist. Am meisten nähert sich dieser Orgel an Größe die im Stadthause zu Sydney in Australien, die 128 Registerzüge enthält; ihr folgt die in der Hauptkirche zu Riga mit 4 Manualen und 124 Zügen. Daran schließen sich in absteigender Reihe die Orgeln im Kristallpalast zu London (119 Register), im Chicago Auditorium (111), im Stadthause zu Leeds (110), in Sevilla (110 Register, aber nur drei Manuale), in der St. Sulpice-Kirche zu Paris (100 Register und fünf Manuale), in St. Georges Hall zu Liverpool und im Ulmer Dom mit je 100 Registern. Die Miesnorger in St. Louis enthält außer den 140 Registerzügen noch fünf Tremolando- und 36 Koppelzüge, dazu 46 Druckknöpfe für bestimmte Zusammenstellungen von häufiger benötigten Klangwirkungen, ganz abgesehen von den Kniehebeln und andern Hilfsmitteln für den Organisten. Die 32 Fuß langen Pfeifen (Subkontra-C) sind so weit, daß zwei Männer bequem darin nebeneinander stehen können. Die fünf Windbälge sind jeder 12 Fuß lang und 6 Fuß breit; sie werden von zwei Motoren zu je 10 Pferdekraften in Bewegung gesetzt. Die Orgel kostet rund 100 000 Dollar. —

Die Zeitungen Japans. Die Japaner haben gegenwärtig 4000 Zeitungen zur Verfügung, um sich darin über den Krieg informieren zu lassen. Nach einer Statistik, die der „Gaulois“ darüber veröffentlicht hat, sich in den letzten zwanzig Jahren die Zahl der Zeitungen in Japan verdoppelt. Im Jahre 1852 erschien die erste Zeitung in Japan, 1879 existierten schon 266, bis 1886 stieg die Zahl auf 2000 und jetzt erscheinen bereits 4000 Blätter. In Tokio allein werden 120 Zeitungen herausgegeben. Die wichtigsten davon sind: „Dzidzi Stimpo“ (Die Zeit), „Nippon“ (Japan), „Nimin“ (Das Volk), „Koformen Shinbun“ (Nationalzeitung), „Tosio Nitell Shinbun“ (Tosioer Zeitung). Das in Japan am weitesten verbreitete Blatt ist die „Dzidzi Stimpo“ (Die Neue Zeit), die 400 000 Abonnenten hat. Jede Nummer umfaßt 48 große Blätter, die mit Illustrationen, Photographien und Karikaturen bedeckt sind. Eine andre, besonders in Volkskreisen vielgelesene Zeitung ist der „Ni Koku Shinbun“ mit 800 000 Abonnenten. Dieses Blatt wurde vor ungefähr drei Wochen von der japanischen Regierung verboten, weil der Redakteur Niama einen Artikel gegen den Krieg mit Rußland veröffentlicht hatte. —

Der Esel! Folgende hübsche Telephonegeschichte erzählt der „Gaulois“: Vor einigen Jahren war ein Herr in amtlicher Stellung, der etwas reichbar ist, im Begriff auszugehen, als sein Telephone plötzlich heftig klingelte. Er stellte also den Stock hin, nahm den Hörer ab und meldete sich, aber niemand antwortete. Vergebens nimmt er seine Zuflucht zu Ausrufen aller Art, er kann nicht verstehen, was der Anrufende ihm sagt. Schließlich ruft er wütend: „Zum Donnerwetter! Welcher Esel telefoniert denn mit mir?!“ Worauf es mit ruhiger Stimme zurücktönt: „Hier ist der Marineminister, Admiral Desnard in Person. . .“ Gleich und zitternd nimmt darauf der Herr ehrerbietig seinen Hut ab, verbeugt sich mehrmals und stammelt: „Oh, Herr Minister, Herr Minister, ich bitte tausendmal um Entschuldigung. . .“ Von diesem Tage an war er an Telephone vor unendlichem Geduld. —

Spezialisches.

Die beruflichen Formen des Wirtschaftslebens... Die Wirtschaft der Arbeiter... Die Wirtschaft der Kapitalisten...

Vereins-Kalender.

Arbeiter-Gesangverein... Siedener Arbeiter-Gesangverein... Arbeiter-Gesangverein...

Marktberichte.

Magdeburg, 7. Mai. (Mittliche Notierungen.) Die Notierungen betreffen sich für 1000 Kilo netto ab Station...

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Magdeburg, Halle), date, and water level changes.

Gewerkschafts-Merkblatt. Mittwoch den 11. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung in der Bürgerhalle...

Sparsame Hausfrauen gebrauchen feinste Rahm-Margarine Marke „Mohra“ als besten Ersatz für feine BUTTER.

Städtische Arbeitsnachweisstelle. Fernsprechanschrift: Rathaus Nr. 2150-2155. Öffnung: 10-1.

Gewerkschafts-Sekretariat Magdeburg. Große Mühlstraße 1a. Besondere Auskunft nur an Dochentagen mittags von 12-1.

110. Städtische Preussische Klassenlotterien.

Large table of lottery results for the 110th Prussian Class Lottery, including winning numbers and prize amounts.

110. Städtische Preussische Klassenlotterien.

Large table of lottery results for the 110th Prussian Class Lottery, including winning numbers and prize amounts.

Hüte

Wägen

Seeben erschienen: Wilhelm Bölsche

Calbe a. S. Kaufen Sie Calbe a. S.

Herrn- und Knaben-Garderoben

Reis in einem Spezial-Geschäft, Sie finden nur da die größte Auswahl mit billigster Preisnotierung.

B. Rawak

Einziges Spezial-Geschäft in Calbe a. S. Bernburgerstrasse 91

Arbeiter-Garderobe für jeden Beruf passend zu anerkannt billigen Preisen

Calbe a. S. Gleichgeschäfte in Ansehensleben Stassfurt... Zerbst... Calbe a. S.

Schirme

Stöcke

Die Abstammung des Menschen

Zu haben in der Buchhandlung Volksstimme Magdeburg

Anschläger und Einseker

Dienstag den 10. Mai, abends 8 Uhr, bei Folge, Tischlerkrugstraße 22

Naturheilverein Wilhelmstadt. Dienstag den 10. Mai, abends 8 1/2, in Friedrichs Konzert- und Ballhaus

Oschersleben. Sonntag den 15. Mai 1904, nachmittags 3 Uhr Allgemeine Gewerkschaftsversammlung

Im Zirkus Königsstrasse Letzte Woche! Die Perle des Schwarzwaldes.

Kabale und Liebe. Preise dazu: 10 Pf., 20 Pf., 30 Pf., 40 Pf. und 50 Pf.

Wied. Handlungsgehilfe, 20 J. 4 M. 27 J. Karl Demele, Reichsbank-geldhändler a. D., 77 J. 8 M. 24 J. Eudenburg, 7. Mai.

Wetterhülsen. Aufgebote: Adolf Otto Köpfe mit Emma Hermine Anton

Wetterhülsen. Aufgebote: Adolf Otto Köpfe mit Emma Hermine Anton

Wetterhülsen. Aufgebote: Adolf Otto Köpfe mit Emma Hermine Anton

Wetterhülsen. Aufgebote: Adolf Otto Köpfe mit Emma Hermine Anton

Wetterhülsen. Aufgebote: Adolf Otto Köpfe mit Emma Hermine Anton

Marthas Kinder

Roman von Berta v. Suttner liegt in der Buchhandlung Volksstimme zum Abholen bereit. Preis Mk. 1.10

Auktion. Gegenstände aller Art, ganze Warenlager, übernehme zur öffentlichen Versteigerung.

Kinderwagen. Deni hochlegant und unverwundlich, preislos billig, weiß lackiert v. der Allerton, größten schlesischen Kinderwagenfabrik

Große Posten moderner Herren-Paletots, Große Posten moderner Herren-Anzüge, Große Posten Schrock- und Rod-Anzüge

Schuhwaren! Billig! Billig! Herren- u. Damenstiefel, Stiefelchen, Turn-, Strand- u. Kinder-schuhe

Gommern. Geschäfts-Gründung. Einem geehrten Publikum von Gommern und Umgegend hierdurch zur gefälligen Kenntnis

Auktions-7. und andre Waren zu jedem annehmbaren Preise nur Schwertfegerstr. 7.

Kristall-Selbe. ganz helle chemisch reine Schmelzglas zu allen Zwecken gebrauchlich.

Schuhwaren aller Art. Damenstiefel zu 25 Mk. Schürze, Tisch, Stühle, Küchenschrank

Elektra-Selben. weiße und gelbe, in ganz harten abgetrockneten 1/2 Pf.-Stücken für den Haushalt

Neue Kleiderschränke. von 20 Mark an Chr. Hesse, Neuweg 18

Selbenvulver. eigene Marke, bestes Schenpulver mit garantiert hohem Festigkeit

Premier-Räder. und Fahrrad ohne Karren leicht anzuheben

Zigarren. Samatra-Schnee No. 40 100 Stk. 40 Pf., 100 Stk. 2.50 Mk.

Sportwagen. vollständig fertig, direkt aus Frankreich

Gelegenheitskauf. Neue Kleiderschränke, 100 Stk. 16 Mk. an

Räderzettel. der Magdeburger Volkshilfe Gr. Marktstr. 21

Titel. (schwarz) empfiehlt die markenbücher werden gekauft bei

Reparaturen aller Systeme. Rabatmarcken und Abstatt-arbeiten

Kaisor-Panorama. Breiteweg 134, Ecke Dreieckelstr. Geöffn. v. 9-10. Erw. 20, Kinder 10 Pf.

Stadt-Theater. Dienstag den 10. Mai 1904. Rose Bernd.

Walhalla. „Zur Seefahrt“ Konzert und Vorstellung

Dank. Huldgeehrt vom Grade meiner teuren innigstgeliebten unvergesslichen Gattin

Dank. Huldgeehrt vom Grade meiner teuren innigstgeliebten unvergesslichen Gattin

Dank. Huldgeehrt vom Grade meiner teuren innigstgeliebten unvergesslichen Gattin

Dank. Huldgeehrt vom Grade meiner teuren innigstgeliebten unvergesslichen Gattin

Standesamt. Magdeburg, 7. Mai. Aufgebote: Schiffer Otto

Standesamt. Magdeburg, 7. Mai. Aufgebote: Schiffer Otto

Standesamt. Magdeburg, 7. Mai. Aufgebote: Schiffer Otto

Standesamt. Magdeburg, 7. Mai. Aufgebote: Schiffer Otto

Standesamt. Magdeburg, 7. Mai. Aufgebote: Schiffer Otto

Standesamt. Magdeburg, 7. Mai. Aufgebote: Schiffer Otto

Standesamt. Magdeburg, 7. Mai. Aufgebote: Schiffer Otto